

Bundestagswahl - Wir nehmen die Herausforderung an

Beschlossen auf der Landesdelegiertenkonferenz am 02.07.2005 in Dresden

Die anstehende Bundestagswahl nehmen wir als Herausforderung. Sie ist ein Anlass für uns, Bilanz über die Bundespolitik der letzten Jahre zu ziehen, sie am Grundsatzprogramm zu messen und die nächsten Schritte unserer Politik zu bestimmen.

Auf die Erfolge der siebenjährigen grünen Regierungsarbeit im Bund sind wir Bündnisgrünen stolz. Wir waren als kleinerer Koalitionspartner der Innovationsmotor. Ohne uns wäre die Entwicklung der regenerativen Energien ebenso wenig vorangekommen wie Ökolandbau und engagierter Verbraucherschutz. Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung – besonders im Mittelstand – stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern befördern sich gegenseitig. Durch die Ökosteuer haben wir durch Stabilisierung der Rentenbeiträge den Anstieg der Lohnnebenkosten begrenzt. Mit dem Solidarpakt II wurde die Finanzierung der neuen Länder bis 2019 gesichert, vom Ganztagsschulprogramm der Bundesregierung profitiert allein Sachsen mit 200 Mio. und das Civitas-Programm der Bundesregierung ist eine wesentliche Grundlage zum Engagement gegen den Rechtsextremismus gerade hier in Sachsen. Lesben und Schwule haben von der Gleichstellungspolitik der Bundesregierung ebenso profitiert wie Migranten und ihre in Deutschland aufgewachsenen Kinder von der Einbürgerungspolitik.

Die hohe Arbeitslosigkeit in unserem Land und die weiter anstehenden Probleme machen uns aber auch deutlich, was noch geleistet werden muss. Wir Bündnisgrünen wollen eine Politik praktizieren, die ökologisch ausgerichtet, sozial gerechter, wirtschaftspolitisch motivierend und haushaltspolitisch solide ist.

Voraussetzung dafür ist, dass wir mit klarer grüner Programmatik in den Wahlkampf gehen. Unsere Ziele aus dem Grundsatzprogramm 2002 sind nicht überholt. Im Wahlprogramm 2005 – 2009 werden wir die Bilanz aus der Regierungsarbeit ziehen und die nächsten, notwendigen Schritte beschreiben.

Stillstand unter CDU-geführten Regierungen kennen wir in Sachsen zu gut

14 Jahre CDU-Alleinregierung haben Sachsen Stillstand gebracht. Und nach einem dreiviertel Jahr unter einer CDU/SPD-Koalition wissen wir, welche Gestaltungsarmut und wie wenig Veränderung aus Schwarz - Rot erwächst.

Ministerpräsident Milbradt taumelt von Peinlichkeit zu Peinlichkeit: im Bundesrat verschärft er mit den CDU-Ministerpräsidenten Hartz IV, dann biedert er sich vor den Landtagswahlen opportunistisch bei Hartz IV-Demonstranten dagegen an. Aus der CDU-Fraktion im Landtag wird zum Entsetzen der bundesweiten Öffentlichkeit für NPD-Kandidaten gestimmt. Bei der von ihm aufgebauten Sachsen LB öffnet sich ein Abgrund von Schlampereien und über 20 Millionen verschwanden bei der Werkstoff-Union Lippendorf.

Nachdem August 2002 die große Flut Sachsen heimgesucht hatte, war gesellschaftliche Akzeptanz für Klimaschutz entstanden. Wir wollten, dass Sachsen nun zum Vorreiter beim Klimaschutz wird. Die Staatsregierung unternimmt jedoch kaum Anstrengungen, um an der wirtschaftlichen Entwicklung bei den Erneuerbaren Energien teilzuhaben und setzt einseitig auf Braunkohle. Vor wenigen Tagen schlug ein CDU-Abgeordneter im Landtag sogar den Bau eines Atomkraftwerkes in Ostsachsen vor! Das von der rot-grünen Bundesregierung vorangetriebene, nationale Klimaschutzprogramm führte hingegen bundesweit zu mehr als 150.000 neuen Arbeitsplätzen. Insgesamt arbeiten in Deutschland 1,4 Millionen Menschen im Umweltbereich - mehr als im Maschinenbau!

Der sächsische Doppelhaushalt 2005/06 zeigt, dass das Straßenbauprogramm mit aller Kraft fortgeführt wird - obwohl schon jetzt Geld zum Unterhalt der bestehenden Straßen fehlt. Trotz

drastischen Bevölkerungsrückgangs hält die Flächenversiegelung weiter an. Mögliche Folgen wie die Hochwassergefahr werden ausgeblendet. Nicht nur beim Umweltschutz ist offenbar: Die Politik der CDU ist Politik von gestern. Besonders deutlich wird das in der rückwärts gewandten und im Freistaat selbst umstrittenen Bildungspolitik der CDU.

Nachhaltige Entwicklung heißt: Ökologisch wirtschaften und Sozialstaat sichern

Unser Verständnis von Gerechtigkeit wird dadurch bestimmt, dass wir nur Ressourcen verteilen wollen, die auch in Zukunft da sind. Wir vertrauen nicht auf Wachstum, sondern wissen: wirtschaftliches Wachstum muss vom Ressourcenverbrauch und der Belastung der Umwelt entkoppelt werden.

Unter Nachhaltigkeit verstehen wir eine sozial und ökologisch orientierte Politik im weltweiten Maßstab. Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen dabei integraler Bestandteil dieser Politik sein. Das steht nicht im Widerspruch zu unseren ökologischen Zielen. Dazu gehört eine langfristig orientierte Bildungspolitik, die auf Frühförderung und lebenslanges Lernen setzt und allen Teilen der Bevölkerung Chancengleichheit garantiert.

Merkel, Stoiber und Westerwelle wollen den Sozialstaat nicht ausbauen, sondern in seinen Leistungen reduzieren. An ihren Vorstellungen zur Sozialversicherung ist das besonders deutlich geworden: Sie nehmen einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen weiterhin von der Einzahlungspflicht in die öffentlichen Versicherungssysteme aus, wollen dafür aber Leistungen der Pflichtversicherung abbauen. Eine CDU-geführte Regierung wird sich nicht mit der Lobby von Ärztenverbänden und Pharmaindustrie anlegen, um innere Kostensparpotentiale des Gesundheitssystems zu erschließen.

Unsere Aufgabe ist es, Konzepte für die Fortgestaltung und Erhaltung des Sozialstaates zu erarbeiten. Die Reform von Sozial- und Arbeitslosengeld hat bestimmte Gruppen besser gestellt (z. B. Alleinerziehende, Kinder), für bestimmte Gruppen aber auch Verschlechterungen nach sich gezogen (z. B. Langzeitarbeitslose, von der Anrechnung des Partnereinkommens Betroffene).

Unsere Kritik an einigen Hartz IV-Regelungen, bei denen wir uns gegenüber CDU/FDP im Vermittlungsausschuss und der SPD nicht durchsetzen konnten, bleibt bestehen: wir setzen uns für eine stärkere Entkoppelung des Hilfebezugs vom Partnereinkommen, die insbesondere Frauen besser stellen würde, , die Erhöhung der Freibeträge beim Zuverdienst und deutlich höhere, anrechnungsfreie Beträge für Altersvorsorge ein. Wir fordern die Anpassung der ALG II - Sätze im Osten auf das Niveau der alten Bundesländer.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir ein schlüssiges Konzept für eine armutsfeste Grundsicherung mitsamt den dazu gehörenden Finanzierungsmodellen vorlegen. Diese erfordern eine gerechtere Besteuerung höherer Vermögen und Einkommen.

Die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme steht wegen der demographischen Entwicklung auf der Tagesordnung und muss gerecht gestaltet werden. Wir stehen für die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, bei der alle Menschen abgesichert sind und einen Beitrag nach ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit beisteuern. Dringend notwendig sind weitere konkrete Maßnahmen zur Kosteneffizienz im Gesundheitswesen ohne Reduktion des fachlich gebotenen Standards – z. B. durch Stärkung von Prävention und Selbsthilfe.

Mehr Gerechtigkeit bei den Steuern ist notwendig, um die Situation der öffentlichen Haushalte zu verbessern. Hier müssen die Starken mehr schultern. Mit den Steuererträgen von Spitzenverdienern wollen wir die Lohnnebenkosten geringerer Einkommen senken.

Der Förderung von Frauen und der Situation von Familien und Kindern gilt unser besonderes Augenmerk. Ohne eine Überwindung des derzeit noch stark konservativ geprägten Rollenbildes von

Müttern und Vätern durch Ausweitung der Kinderbetreuung und Möglichkeiten für einen vereinfachten Wiedereinstieg von Eltern ins Berufsleben wird die alarmierend niedrige Geburtenrate in Deutschland nicht steigen.

In der Arbeitsmarktpolitik müssen wir den Umbrüchen in der Arbeitsgesellschaft Rechnung tragen durch Umverteilung von Arbeit, Überstundenabbau und Neubestimmung des Verhältnisses von Erwerbsarbeit zu anderen Formen öffentlich nutzender Arbeit. Hierzu gehören der weitere Ausbau von Arbeitszeitformen wie job-sharing und job-rotation sowie eine Aufwertung ehrenamtlicher Arbeit und zivilgesellschaftlichen Engagements.

Entwicklung des Ostens ist Schwerpunkt: Mittelstand und Technologie fördern

Weiterer Schwerpunkt unseres Engagements ist die besonders kritische Lage Ostdeutschlands. Erwartungsgemäß hat die wachstumsorientierte Infrastrukturpolitik in den letzten Jahren – besonders beim Straßenneubau – diese Situation nicht verbessert, sondern enttäuschte Hoffnungen zurückgelassen.

Anstelle mit teurem Beton weiter Landschaft zu versiegeln, wollen wir den ostdeutschen Mittelstand, Technologie und Forschung fördern und weiche Standortfaktoren wie die im gesamtdeutschen Maßstab vorbildliche Kinderbetreuung fortentwickeln.

Der Osten braucht unverändert eine auf Aufwertung der Innenstädte gerichtete Stadtumbau- und Sanierungsförderung. Weitere Experimente mit Sonder- und Beschleunigungsgesetzen sowie Demokratieabbau werden den Osten nicht voranbringen. Von der dringend notwendigen Reform der Bildungs- und Wissensgesellschaft von einer selektiv und auf Spezialwissen ausgerichteten Ausbildung hin zu einer modernen Gesamtschule und einer praxisnahen Berufsausbildung sowie hochwertigen Hochschulausbildung hängen die Entwicklungschancen des Ostens in besonderer Weise ab. Der Auf- und Ausbau von Wissens-, Bildungs- und Forschungsregionen kann qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schaffen und damit jungen qualifizierten Menschen eine berufliche Perspektive bieten.

Starke Bündnisgrüne für eine zukunftsorientierte und demokratische Politik

Was wäre von einer CDU-geführten Bundesregierung zu erwarten? Sachsen zeigt: Zukunftsfähigkeit nicht. Weniger Umwelt- und Klimaschutz, Wieder-Einstieg in die Atomkraftnutzung, Absenken der Standards in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Konzeptionslosigkeit in der Bildung und Wachstum im Bereich der ungeschützten Beschäftigung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die bessere Politik. Sie ist ökologisch, sozial und generationengerecht. Wir brauchen eine lebendige Demokratie in Europa und in Deutschland. Dafür treten wir im Bundestagswahlkampf ein. Unser Ziel ist es, in Regierungsverantwortung diese Politik zu gestalten. Dafür kämpfen wir. Allerdings haben wir in der Vergangenheit bewiesen, dass wir auch in der Lage sind, gute und kraftvolle Oppositionsarbeit zu machen.

Wir werden in den nächsten Wochen für unser ökologisches, innovatives und soziales Programm kämpfen. Aus sächsischer Perspektive sind die Alternativen klar: Politik von gestern mit der CDU oder eine Politik für morgen mit uns. Wir werden einen motivierten Wahlkampf führen. Ziel für die sächsischen Bündnisgrünen ist, weiterhin mit zwei sächsischen Abgeordneten im Bundestag vertreten zu sein.